

//PRESSEINFORMATION//

32/2021

Saarbrücken, 10.06.2021

GEW Saarland: Aufholprogramm ist ein „Scheinriese“ Förderung von Kindern und Jugendlichen muss zur Daueraufgabe werden

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, begrüßt grundsätzlich, dass die Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot zusätzliche finanzielle Mittel zu dem „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ mit dem Finanzminister für die Schulen ausgehandelt hat.

Bei genauerer Betrachtung erweist sich das aktuelle Programm jedoch als „Scheinriese“. Von 400 zusätzlichen Lehrerstellen kann nicht gesprochen werden. 200 bereits befristete Stellen werden weiter fortgeführt und weitere 100 befristete Stellen kommen hinzu. Darüber hinaus sollen 100 Stellen mit pädagogischen Fachkräften besetzt werden. Dies begrüßt die GEW ausdrücklich.

„Hier fordern wir aber Nachhaltigkeit statt Schlagzeilen im Vorwahlkampf. Pädagogische Arbeit ist vor allem Beziehungsarbeit. Dies lässt sich nicht mit befristeten Stellen bewerkstelligen, sonst verkommt das Programm zu einem Strohfeuer. Wir brauchen daher vor allem mehr Planstellen. Befristungen werden weder der Lebensplanung junger Pädagog*innen noch dem Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen gerecht,“ so der stellv. Landesvorsitzende Max Hewer.

Zu einer langfristigen Strategie gehört der GEW zufolge auch der Ausbau und die Reformierung der Lehrer*innenbildung, bspw. durch einen eigenen Lehrstuhl für Inklusion an der Universität des Saarlandes. „Vor diesen notwendigen Veränderungen darf die Politik, insbesondere Ministerpräsident Tobias Hans in seiner Funktion als Wissenschaftsminister, nicht weiter die Augen verschließen und muss die Erkenntnisse aus der Krise nutzen, um jetzt die bestmöglichen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Bildung der Kinder und Jugendlichen zu schaffen“, betont die Landesvorsitzende Birgit Jenni.

Die Corona-Krise hat die Folgen der Unterfinanzierung des Bildungssystems im Saarland mehr als deutlich gemacht, daher sind weitere Mittel vom Bund und eine Co-Finanzierung durch das Land mehr als notwendig. „Wir fordern schon lange das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich fallen zu lassen. Eine nachhaltige Bildungsfinanzierung ist vom Land alleine nicht zu stemmen,“ so Jenni abschließend. ■